

klimaangepasste Ernährungssysteme, funktionierende Einrichtungen der Pflege und Gesundheitsfürsorge oder ein nachhaltiges Mobilitätssystem – das waren schon immer Kernanliegen progressiver Kräfte. In Zeiten der Klimakrise werden sie zu einer Frage des Überlebens“ (228).

Die Analyse besticht durch ihren theoretisch gut fundierten und breit angelegten Ansatz, der gesellschaftliche Prozesse in ihrem komplexen Zusammenhang betrachtet. Die Autoren schreiben, dass sie den „worst case“ der erwartbaren Entwicklungen aufzeigen. Das ist angesichts der immer noch stattfindenden Verharmlosungen der aktuellen Krisen durchaus sinnvoll, führt aber dazu, dass die am Schluss geäußerte Hoffnung auf den Erfolg emanzipativer Bewegungen auf etwas schwachen Beinen steht. Hier wird eher umschrieben, was sein müsste, um der herrschenden Entwicklung Einhalt zu gebieten. Für die Entwicklung internationaler Solidaritäten, ohne die eine Bewältigung der globalen Krisen kaum möglich sein wird, stehen die Zeichen im Zuge einer fortschreitenden Renationalisierung der Politik nicht besonders gut. Was „Kapitalismus am Limit“ bedeutet, lassen die Autoren im Grunde offen. Die Geschichte hat gezeigt, dass er ein außerordentlich flexibles Gesellschaftssystem darstellt, das in der Lage ist, Grenzen, wie immer sie auch beschaffen sein mögen, zu überwinden und sich dabei neu zu organisieren. Die Alternative wäre sein Zusammenbruch. In welcher Form er auch immer stattfände, die Konsequenzen wären wohl nicht besonders erfreulich.

Es wäre wünschenswert, die Autoren hätten sich zu diesen Fragen etwas ausführlicher geäußert, um nicht dem Dilemma zwischen Katastrophismus und abstrakten Hoffnungsszenarien zu verfallen. Nicht zuletzt dies wäre Gegenstand weiterer Überlegungen und Debatten. Das Buch von Brand und Wissen bietet dafür eine sehr gute Grundlage. Es ist auf jeden Fall sehr informativ und lesenswert.

Joachim Hirsch

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i3.11>

Alex Veit & Daniel Fuchs (Hg.): *Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die „New International Economic Order“ und die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen*. Bielefeld: Transcript 2023, 394 Seiten (<https://doi.org/10.14361/9783839468814>, open access)

1974 – also vor 50 Jahren – beschlossen die Vereinten Nationen (VN) mit der Resolution 3201 die Veränderung der globalen Wirtschaftsordnung. Diese „New International Economic Order“ (NIEO) hatte einen programmatischen Anspruch, denn sie wollte koloniale ökonomische Ungleichheiten überwinden und die Weltwirtschaft neu ausrichten. Damit gerieten die Industriestaaten unter Reformdruck, weshalb sie die Umsetzung der NIEO ablehnten. Das Verhältnis zwischen Globalem Norden und Globalem Süden ist vor allem in ökonomischer und machtpolitischer Hinsicht weiterhin spannungsgeladen. Aus diesem Grund ist es auch heute wichtig, den Blick zurückzurichten und die Debatten über NIEO genauer zu analysieren.

Das gewährleisten die Herausgeber und Autor*innen dieses Sammelbands, die als politische Ökonom*innen und Politolog*innen an Universitäten oder in

Nicht-Regierungsorganisationen arbeiten und ein facettenreiches Themenspektrum untersuchen. Nach einer programmatischen Einleitung geht es um die Klimakatastrophe und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung; es folgen Kapitel zur Souveränität und Solidarität im Kontext der Globalisierung, zu Süd-Nord-Beziehungen und zum Aufstieg Chinas. Abschließend reflektieren Autor*innen über Eigentums- und Nachhaltigkeitsfragen.

Je nach Thema und Standpunkt kombinieren die Beiträge theorieorientierte Erörterungen mit empirischen Darlegungen und kritischen Einschätzungen zu politisch-ideologischen Entwicklungen. Aus diesen multiperspektivischen Analysen werden nun zwei Aufsätze genauer vorgestellt, die exemplarisch sind für die differenzierte Auseinandersetzung mit den zentralen Fragestellungen des Buches:

- Welche Ideen und Konzepte haben Gültigkeit behalten, welche wurden verworfen?
- Welche Leerstellen entstanden durch die Entwicklung der Weltwirtschaft und welche Ergänzungen der NIEO sind hinsichtlich der Klimakatastrophe notwendig?

Simone Claar von der Universität Kassel erörtert unter der Überschrift „Dem Klimawandel begegnen. Energie als Teil der sozialökologischen Transformation“ (89) die Aktualität der NIEO. Denn trotz der UN-Nachhaltigkeitsziele (*Sustainable Development Goals* – SDGs), konkret des SDG 7 zu erneuerbarer Energie, herrschten heute Energieknappheit und -verteuerung. Seit Verabschiedung der NIEO habe sich die Abhängigkeit der Länder des Globalen Südens von fossilen Energieträgern nicht verändert, obwohl die Nord-Süd-Kommission unter dem Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt, vielfach auch als Brandt-Kommission bezeichnet, ab 1977 politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten, Machtverhältnisse und Ungleichheiten zwischen Globalem Süden und Globalem Norden untersuchte und Vorschläge zu deren Überwindung erarbeitete.

Zwar habe die Kommission die Abhängigkeit vom Erdöl problematisiert, doch – so Claar – sei die Kritik damals nicht genug auf Umweltprobleme eingegangen. Mit Blick auf die Hydroenergie bedeutete das die mangelnde Beachtung ökologischer und sozialer Probleme, die große Staudämme verursachten, etwa in Folge von Zwangsumsiedlungen beim Bau dieser Megaprojekte zur Nutzung von Wasserkraft. Für die heutige Zeit spricht Claar von Energieimperialismus und grünem Kolonialismus, den beispielsweise die EU mit der Herstellung von grünem Wasserstoff in Marokko betreibe. Auch beim ungleichen Zugang zu Finanzmärkten moniert sie imperiale Beziehungen, da Kredite zur Umstellung auf erneuerbare Energie neue Abhängigkeiten schafften. Deshalb sollte eine neue NIEO auf sozial-ökologische Transformation, neue und gerechtere Finanzierungsformen, Dezentralisierung, Energiegerechtigkeit, Energiedemokratie, die Einbeziehung lokaler Akteursgruppen und Debatten über *degrowth* ausgerichtet sein.

Katja Freistein, zuvor am Käthe Hamburger Kolleg in Duisburg und inzwischen an der *Academy of International Affairs NRW* in Bonn tätig, befasst sich mit „Spuren der New International Economic Order in den Sustainable Development Goals“ (159). Als Ausgangspunkt nimmt sie den Resolutionsentwurf „Towards

a New International Economic Order“, den Pakistan zusammen mit der Gruppe der 77 und China im Dezember 2022 in die VN-Generalversammlung eingebracht hatten und der mit großer Mehrheit angenommen wurde. Lediglich die USA und die EU-Staaten stimmten dagegen, da sie eine stärkere Regulierung internationaler Finanzinstitutionen ablehnten.

Die Autorin konzentriert sich auf die SDGs und fragt, was die VN hinsichtlich der Berichte zu NIEO und der geforderten Gleichbehandlung von Staaten in den letzten fünfzig Jahren getan haben. Sie konstatiert, dass die SDGs trotz veränderter Rahmenbedingungen Ansätze zur globalen Entwicklungszusammenarbeit und Gleichheit der Staaten fortführen, schließlich gehe es darin auch um einen universellen Geltungsanspruch, universelle Teilhabe und Nachhaltigkeit. Sie betont bei den Gleichheitsforderungen in der NIEO die zeitlichen Bezüge, konkret die Dekolonisierung und das langlebige Erbe des Kolonialismus sowie damit verbundene Ungleichheiten. Ferner gibt sie zu bedenken, dass Solidaritätsbekenntnisse während der 1970er Jahre inzwischen von Nationalismen verdrängt wurden. Ihrer Auffassung nach beruhen die SDGs zwar nicht auf einer gemeinsamen Ideologie, etwa einer neuen Weltordnung, jedoch enthielten viele Ziele Vorschläge zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensverhältnisse. Ähnlich wie in der NIEO zählte die Verringerung von Ungleichheiten dazu. Allerdings sei die Umsetzung der SDGs bis 2030 – etwa infolge der COVID-19-Pandemie – problematisch.

Die Autorin unterstreicht, dass die SDGs für alle Staaten verbindlich sein sollen und weist daher auf die Pflicht von Industriestaaten zur Unterstützung anderer Länder hin, beispielsweise in der Armutsbekämpfung und auf die Überwindung von Ungleichheiten etwa bei Mitsprache bzw. Stimmengewicht in internationalen Finanzinstitutionen. Für einen Strukturwandel wären deshalb grundlegende Veränderungen in internationalen Institutionen und innerhalb der VN notwendig, über die zumindest inzwischen diskutiert werde.

Insgesamt bietet dieser lesenswerte Sammelband fundierte Analysen der verschiedenen Themen und Schwerpunkte. Indem er durch *open access* elektronisch zugänglich ist, können sich auch Interessierte jenseits akademischer Institutionen mit den kenntnisreichen Erläuterungen und daraus resultierenden Diskussionsimpulsen befassen.

Rita Schäfer

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i3.12>

Gargi Bhattacharyya, Adam Elliott-Cooper, Sita Balani, Kerem Nişancıoğlu, Kojo Koram, Dalia Gebrial, Nadine El-Enany & Luke de Noronha: *Empire's Endgame. Racism and the British State*. London: Pluto Press 2021, 218 Seiten (<https://doi.org/10.2307/j.ctv1g6q8z4>)

Die von Gargi Bhattacharyya und sieben weiteren Autor:innen geschriebene Intervention zeigt kompakt unterschiedliche Ebenen vom rassistischen Status Quo in Großbritannien auf. In fünf Abschnitten mit verschiedenen kurzen Untertiteln nehmen sie Rassismus in seiner aktuellsten Ausprägung unter die Lupe – und thematisieren dabei